Auswertung für das Jahr 2021

Für die dokumentierten Vorfälle der Berliner Register

Herausgegeben im März 2022
von der Koordinierung der Berliner Register

Die Koordinierung der Berliner Register ist ein Projekt in Trägerschaft der pad gGmbH.

pad
präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen Bereich gGmbH

Die Berliner Register erhalten Fördermittel des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus" der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung.

DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

BERLIN
Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

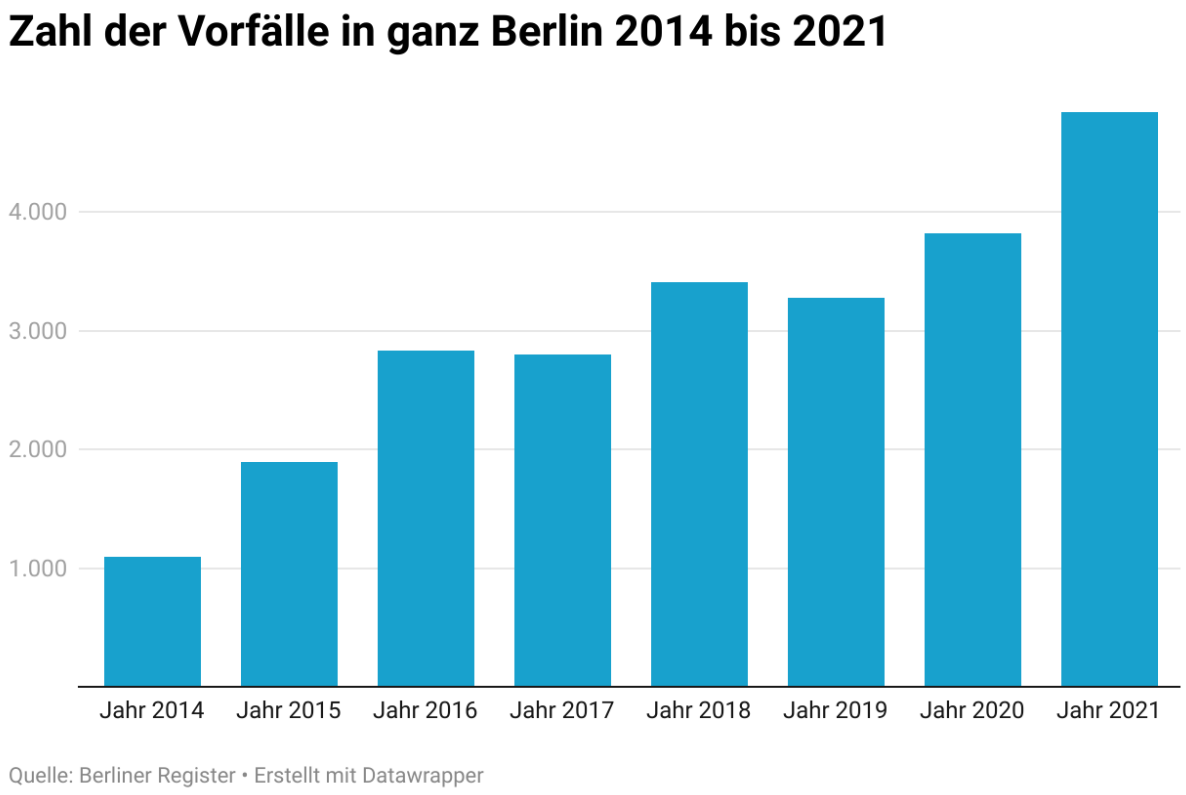
Einleitung

Es sind erst drei Monate des Jahres 2022 vergangen und das Jahr 2021 ist in Anbetracht der aktuellen Ereignisse kaum noch präsent. Der Krieg in der Ukraine zwingt uns darüber nachzudenken, was die Krisen unserer Zeit sind und wie wir ihnen begegnen wollen. Diskutiert werden der Wert der Demokratie, die Rolle Deutschlands in einem Krieg, die Auswirkungen von Desinformation und Hetze in sozialen Netzwerken und die Ungleichbehandlung von flüchtenden Menschen an Europas Grenzen. Angesichts der Gewalt und der existenziellen Nöte von Millionen Menschen, die dieser neue Krieg mit sich bringt, scheint die Auseinandersetzung um Ausgrenzung und Diskriminierung in Berlin nebensächlich zu sein. Dass sie das nicht ist, zeigt die steigende Zahl von Menschen, die sich an Dokumentations- und Beratungsstellen wenden. Das öffentliche Benennen von Rassismus, Antisemitismus und unterschiedlichen Formen von Diskriminierung trägt dazu bei, dass Menschen das Unrecht, das ihnen widerfährt, zunehmend als solches erkennen und dass sie sich Unterstützung organisieren. In den erfassten Vorfällen der Registerstellen ist dieser Trend anhand der gestiegenen Fallzahlen bei struktureller Benachteiligung zu sehen.

Das Jahr 2021 war ebenso von der Corona-Pandemie und damit verbundenen Effekten auf das öffentliche Leben geprägt, wie das Vorjahr. Die Verfügbarkeit der Schutzimpfung seit Beginn 2021 und die Delta-Variante des Virus, die im Sommer in Berlin ankam, brachten zunächst Hoffnung auf ein schnelles Ende und dann die Gewissheit, dass die Einschränkungen noch länger nötig sein werden. Das öffentliche Leben fand phasenweise nur stark eingeschränkt statt: Homeoffice, Fernunterricht statt Schule, geschlossene Clubs und Bars, während Kunst und Kultur versuchten, sich online oder draußen neu zu erfinden, sowie Maskenpflicht. Diese Maßnahmen wurden durch Proteste begleitet, an denen sich viele Menschen, Spektren übergreifend, beteiligten. Während 2020 deutlich wurde, dass die extreme Rechte diese Proteste instrumentalisiert, um die Inhalte und Aktionsformen zu radikalisieren, sehen wir 2021 zum einen eine Verfestigung verschwörungsideologischer Narrative, andererseits gibt es protestierende Gruppierungen, die sich von der extremen Rechten distanzieren. Desinformationskampagnen auf Social-Media-Kanälen tragen erheblich zur Verfestigung von Impfkritik und Verschwörungsglauben bei. Eine Kritik an den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wurde nur dann von den Registern erfasst, wenn sie als Leugnung oder Verharmlosung des Nationalsozialismus, als Gleichsetzung mit dem Holocaust oder mit antisemitischen Verschwörungserzählungen einherging.
Positiv ist, dass sich mehr Menschen an die Registerstellen wenden, um Vorfälle zu melden. Zusätzlich wuchs das Netzwerk an Beratungsstellen, die Daten von Vorfällen zur Verfügung stellen.

Überblick der Zahlen

Im Jahr 2021 erfassten alle Berliner Registerstellen zusammen 4841 Vorfälle (2020: 3822). Der Anstieg betrug 26 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Durchschnitt wurden pro Tag ca. 13 Vorfälle erfasst.



Die Quellen dieser Vorfälle sind vielseitig. Sie reichen von Recherchetätigkeiten der Mitarbeiter*innen in den bezirklichen Registerstellen, über Meldungen aus Anlaufstellen, aus Beratungsstellen, von Einzelpersonen bis hin zu Pressemeldungen der Polizei. Die Kooperationspartner*innen, die für das Entstehen der Dokumentation für das Jahr 2021 einen wichtigen Beitrag geleistet haben, sind: die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS), ReachOut, Amaro Foro e.V. mit der Dokumentationsstelle für Antiziganismus, Each One Teach One (EOTO), Transaidency e.V. mit der Dokumentation antimuslimischer rassistischer Vorfälle, die Beratungsstelle Antidiskriminierungsschutz an Schulen (ADAS,) die Beratungsstelle Fairmieten – Fairwohnen, die Antidiskriminierungsberatung Alter & Behinderung, L-Support und Irmela Mensah-Schramm. Die Möglichkeiten, Vorfälle zu melden, die sogenannten Meldewege, sind vereinfacht worden. Über ein Smartphone, das heutzutage fast jede*r mit sich führt, konnten über Twitter, über Signal oder Telegram oder über die Antidiskriminierungs-App (AnDi-App) Vorfälle gemeldet werden. In vielen Bezirken existieren Chatgruppen, die sich darüber

austauschen, wo rechte Propaganda geklebt und entfernt wurde. Die Registerstellen sind Teil dieser Gruppen und erfahren dadurch schneller und häufiger von solchen Vorfällen. Der Bekanntheitsgrad der Registerstellen ist durch die Präsenz in sozialen Netzwerken oder bei Putzspaziergängen in den Bezirken weiter gestiegen. Auch das führt zu mehr Meldungen.

Art der Vorfälle von 2017 bis 2021

Art	2017	2018	2019	2020	2021
Propaganda	1603	1691	1658	2234	2951
Angriff	267	309	390	372	294
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	459	899	594	632	732
Sachbeschädigung	78	68	92	85	141
Veranstaltung	305	317	346	291	293
BVV (ab 2022 abgeschafft)	30	46	23	15	-
Sonstige	58	75	174	46	32
Strukturelle Benachteiligung (2020 eingeführt)	-	-	-	147	398
Summe	**2800**	**3405**	**3277**	**3822**	**4841**

Ein Großteil der Vorfälle ist Propaganda. Sie macht mit 2951 Vorfällen (2020: 2234) 61 Prozent der dokumentierten Vorfälle aus. Die Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien stellen mit 732 Vorfällen (2020: 632) 15 Prozent aller Vorfälle dar. Deutlich mehr Vorfälle als in den vergangenen Jahren gab es bei den strukturellen Benachteiligungen. Hierunter fallen Diskriminierungen im Bildungsbereich, auf dem Wohnungsmarkt, dem Arbeitsmarkt, durch Behörden, in der medizinischen Versorgung und Fälle von Racial Profiling. Mit 398 Vorfällen (2020: 147) machen sie 8 Prozent der Registervorfälle aus. Sechs Prozent der Vorfälle sind Angriffen (2021: 294; 2020: 372) und ebenfalls sechs Prozent Veranstaltungen (2021: 293; 2020: 291). Drei Prozent der Vorfälle (2021: 141; 2020; 85) sind auf Sachbeschädigungen zurückzuführen. 32 Vorfälle entfallen auf die Kategorie Sonstiges und 15 wurden im Zusammenhang mit den Bezirksverordnetenversammlungen erfasst.

Inhaltliche Zuordnung der Vorfälle in den Berliner Bezirken 2017 bis 2021

Motiv	2017	2018	2019	2020	2021
Rechte Selbstdarstellung	587	499	323	495	776
Wahlkampf (2021 abgeschafft)	123	-	93	3	-
NS-Verharmlosung und -Verherrlichung	293	382	353	619	720
Rassismus	859	1355	1337	1306	1428

Politische Gegner*innen	251	242	266	383	563
Antisemitismus	573	787	598	774	1043
LGBTIQ*-Feindlichkeit	98	109	222	169	198
Behindertenfeindlichkeit und Sozialchauvinismus	11	22	85	73	87
Sonstige (2019 abgeschafft)	5	9	-	-	-
Antifeminismus (2021 eingeführt)	-	-	-	-	26
Summe	**2800**	**3405**	**3277**	**3822**	**4841**

Die größte Gruppe mit 29 Prozent (1428 Vorfälle) (2020: 1306) machten rassistisch motivierte Vorfälle aus. Antisemitismus ist mit 1043 Vorfällen (2020: 774) das zweithäufigste Motiv. An dritter, vierter und fünfter Stelle folgen inhaltliche Schwerpunkte, die ihre Ursache im hohen Anteil der Propaganda haben. Zu diesen inhaltlichen Kategorien gehören rechte Selbstdarstellung mit 776 Vorfällen (2020: 495), Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus mit 720 Vorfällen (2020: 619) und Aktivitäten gegen politische Gegner*innen. Der Anteil der Propaganda beträgt in diesen Themenfeldern 70 bis 90 Prozent. LGBTIQ*-feindliche Vorfälle machen mit 198 (2020: 169) vier Prozent der dokumentierten Vorfälle aus. Die Kategorien mit nur wenigen Vorfällen sind Feindschaft gegen Menschen mit Behinderung mit 66 Vorfällen (2020: 64), Sozialchauvinismus im Sinne einer Feindschaft gegen obdachlose Menschen mit 21 Vorfällen (2020: 9) und die neu eingeführte Kategorie Antifeminismus, in der 26 Vorfälle erfasst wurden.

Auswertung nach Arten von Vorfällen

Die Berliner Registerstellen erfassen Informationen zu den einzelnen Vorfällen, die sich auswerten lassen. Dabei kann man entweder die Bezirke vergleichen, die Arten von Vorfällen oder die inhaltliche Zuordnung. Für die berlinweiten Entwicklungen werden für das Jahr 2021 die Arten von Vorfällen in den Mittelpunkt gestellt. Innerhalb der Arten von Vorfällen wird ihre Verteilung auf die Bezirke und ihre inhaltliche Zuordnung untersucht. In jedem Bezirk kann sich die Situation in einzelnen Kategorien von der Entwicklung in anderen Bezirken unterscheiden. Ein Rückgang LGBTIQ*-feindlicher Gewalt hat in Schöneberg andere Ursachen als in Neukölln. Wenn die Zahl der Demonstrationen in Berlin-Mitte steigt, bedeutet das nicht, dass sie in allen Bezirken steigt. Die Teilnehmenden und die Themen unterscheiden sich, wenn man lokale Proteste und überregionale Demonstrationen miteinander vergleicht. Beim Blick auf die gesamte Stadt werden deshalb die lokalen Gegebenheiten berücksichtigt. Die Vorfallszahlen geben Anhaltspunkte, an welchen Stellen

genauer hingeschaut werden muss. Nur mit dem zusätzlichen Wissen um lokale Besonderheiten, lassen sie sich interpretieren.

Anzahl der Vorfälle in den Berliner Bezirken 2014 bis 2021

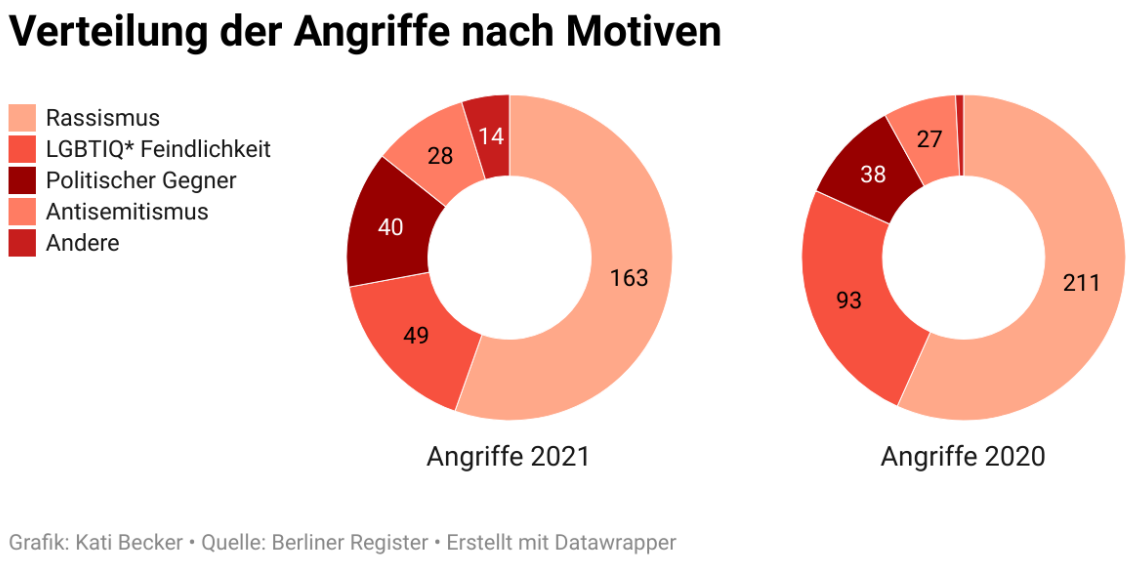
Bezirk	2017	2018	2019	2020	2021
Charlottenburg-Wilmersdorf	246	280	241	276	292
Friedrichshain-Kreuzberg	171	241	267	345	489
Lichtenberg	268	209	258	421	732
Marzahn-Hellersdorf	187	182	154	252	241
Mitte	344	495	645	609	744
Neukölln	269	360	204	236	354
Pankow	230	234	236	248	343
Reinickendorf	107	114	107	98	97
Spandau	69	78	95	98	112
Steglitz-Zehlendorf	236	220	180	147	133
Tempelhof-Schöneberg	100	93	126	132	164
Treptow-Köpenick	310	447	324	329	387
Berlinweit	264	452	440	631	753
Summe	**2800**	**3405**	**3277**	**3822**	**4841**

Die Zahl der Vorfälle in den Bezirken liegt zwischen 100 bis 750 Meldungen und ähnelt in der Verteilung den Vorjahren. Die Bezirke, in denen es bereits viele Meldungen gab, haben 2021 deutlich zugelegt. Die drei Bezirke mit den höchsten Zahlen sind: Mitte mit 744 Fällen (2020: 609), Lichtenberg, liegt mit 732 Vorfällen (2020: 421) dicht dahinter, und Friedrichshain-Kreuzberg mit 489 Vorfällen (2020: 345). Im Mittelfeld liegen die Bezirke Treptow-Köpenick mit 387 (2020: 329), Neukölln mit 354 Vorfällen (2020: 236), Pankow mit 343 (2020: 248), Charlottenburg-Wilmersdorf mit 292 (2020: 276) und Marzahn-Hellersdorf mit 241 Vorfällen (2020: 252). Weniger Vorfälle wurden in den West-Berliner Randbezirken dokumentiert. In Tempelhof-Schöneberg wurden 164 Vorfälle (2020: 132) erfasst, in Steglitz-Zehlendorf 133 (2020: 147), in Spandau 112 (2020: 98) und in Reinickendorf 97 (2020: 96).

Angriffe

Die einzige Kategorie im Jahr 2021 mit gesunkener Zahl sind die **gewalttätigen Angriffe**. Sie sind auf 294 zurückgegangen, nachdem sie 2020 noch bei 372 Vorfällen lagen. Meldungen in dieser Kategorie stammen aus unterschiedlichen Quellen, vor allem aber aus Veröffentlichungen der Polizei. Ein Austausch von anonymisierten Daten findet zudem mit ReachOut und anderen Beratungsstellen statt. Presseartikel, Veröffentlichungen in sozialen

Netzwerken und Menschen, die sich direkt an die Registerstellen wenden, sind ebenfalls Quellen dieser Vorfälle. Dass die Zahl der Angriffe sinkt, auch wenn alle anderen Kategorien gestiegen sind, hat einen einfachen Grund. Es gab wegen Hindernissen im Datenschutz weniger Informationen von der Polizei in Bezug auf Gewaltstraftaten, die der Hasskriminalität zugeordnet werden. In allen vorangegangenen Jahren wurden Daten über Straftaten aus diesem Bereich als Listen an einzelne zivilgesellschaftliche Stellen übermittelt, damit diese Lagebilder erstellen konnten. Die Weiterleitung dieser Informationen, wie sie auch Presse oder Politik von der Polizei anfordern, wurde aus datenschutzrechtlicher Perspektive neu bewertet. Informationen, die eine Straftat anhand eines Datums oder des Tatortes erkennbar machen, dürfen nicht weitergeleitet werden. Dieses Problem ist 2021 nicht geklärt worden. Deshalb gibt es in ganz Berlin trotz einer deutlich gestiegenen Anzahl von Meldungen, weniger dokumentierte Gewaltvorfälle. Pressemeldungen der Polizei sind bei den rassistischen und den LGBTIQ*-feindlichen Angriffen trotzdem eine wichtige Quelle für Informationen.



Wie viele Gewalttaten es in Berlin im Jahr 2021 gegeben hat, lässt sich nur schwer schätzen. Der Blick auf die Motive zeigt, dass antisemitische Angriffe auf dem Niveau des Vorjahres sind, ebenso die, die sich gegen politische Gegner*innen richten. In beiden Themenfeldern machen die Angriffe nur einen kleinen Teil der Gesamtdaten aus. Bei den Motiven Rassismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit ist ein erheblicher Rückgang zu sehen. Schätzt man den Anteil der nachgemeldeten Angriffe, also für 2021 nicht erfassten, bei Rassismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit auf eine gleiche Anzahl wie die, die im Jahr 2020 nachgemeldet wurde, so kommt man auf ca. 90 Angriffe, die aus Nachmeldungen der Polizei gekommen wären. Die Zahl der Angriffe läge damit auf gleichem Niveau wie im Vorjahr. Belastbare

Aussagen zur Gewalt sind durch die Untererfassung für das Jahr 2021 momentan nicht möglich.

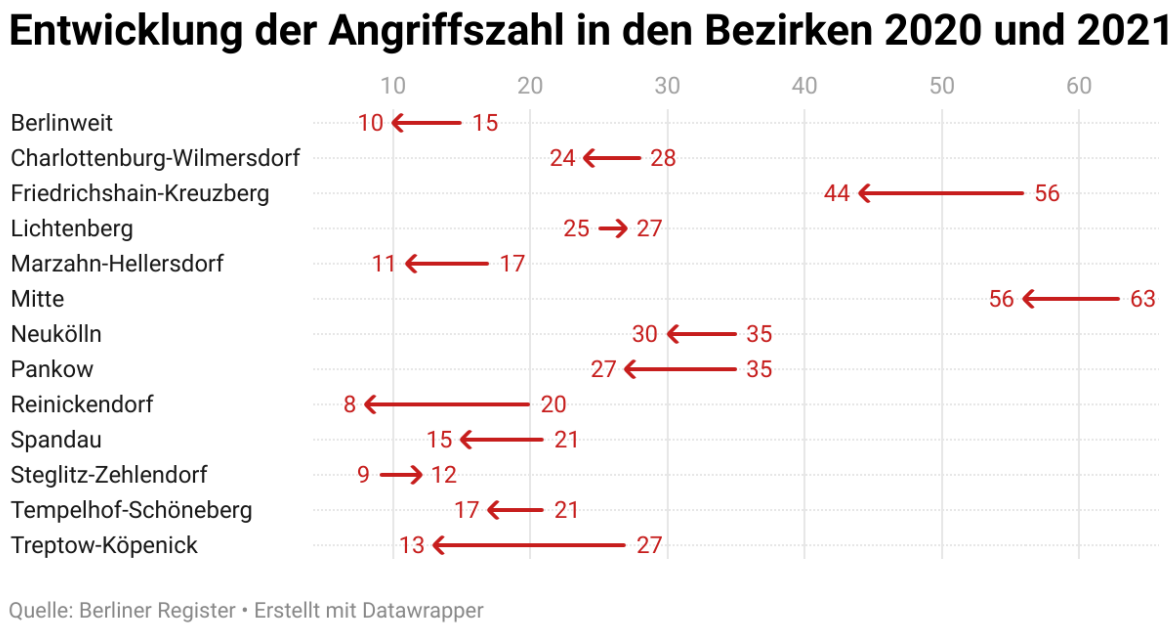


Abbildung 1: Zeigt ein Pfeil nach links, ist ein Rückgang der Angriffszahl von 2020 auf 2021 zu verzeichnen. Die Verteilung der Angriffe auf die Bezirke ähnelt trotz Untererfassung für 2021 der der Vorjahre.

Der Blick auf die bezirkliche Verteilung gibt trotz Untererfassung wieder, was in den vergangenen Jahren beobachtet wurde: In den Innenstadtbezirken kommt es häufiger zu Gewalt. Die Zahlen in Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln führen die Statistik an. Grund ist die Dichte von Menschen auf kleinem Raum bei der die Wahrscheinlichkeit, dass Täter*innen potenziell Betroffenen begegnen, größer ist. Davon abgesehen leben in Wedding viele Schwarze Menschen und es gibt Organisationen vor Ort, die Betroffene von Rassismus unterstützen. Dadurch können Gewattaten erfasst und abgebildet werden. Auch am Rand von Demonstrationen kommt es zu Gewalt. Weil 60 Prozent aller Demonstrationen und Veranstaltungen in Mitte stattfinden, kann es dort eher zu Angriffen auf Presse und Protestierende kommen. Der dritte Bereich, in dem es häufiger zu Gewalt kommt, sind die Party-Kieze. Der Norden Neuköllns und Friedrichshain-Kreuzberg sind die Party-Kieze Berlins. Deshalb ist die Angriffszahl dort höher. Weil 2020 und 2021 Clubs für lange Zeit geschlossen waren, ist die Zahl der Angriffe in diesen beiden Bezirken gesunken. Während im Jahr 2020 in Spandau, Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf die Zahl der Angriffe mit der Corona-Pandemie anstieg, sank sie in den anderen Berliner Bezirken. Da sich Menschen weniger bei Partys oder an Arbeitsplätzen oder beim Gruppensport aufhielten, gab es mehr rassistische und LGBTIQ*-feindliche Angriffe in Grünanlagen, auf Supermarktparkplätzen oder in Wohngebieten. Im Jahr 2021 waren diese Einschränkungen weniger stark. Für

Treptow-Köpenick lässt sich aber festhalten, dass mehr körperliche Übergriffe aus dem Treptower Park gemeldet wurden, als in den Vorjahren.

Beleidigungen, Bedrohungen, Pöbeleien

Die **Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien** (BBP) sind um 100 Fälle im Vergleich zum Vorjahr 2020 auf 732 Vorfälle gestiegen. Der Zuwachs stammt aus den inhaltlichen Themen Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit und Politische*r Gegner*in. Unter diesen Vorfällen sind verbale Äußerungen zusammengefasst, die beleidigend oder bedrohend gemeint sind. Das sind zum Beispiel: das Rufen von Parolen (außerhalb von Demonstrationen), beleidigende Sprüche auf der Straße, von Nachbar*innen, im Bus, in der Schule, beim Arzt oder ein Hitlergruß. Diese Vorfälle passieren spontan im Alltag und wurden über verschiedene Quellen gemeldet, dabei selten von der Polizei, weil die Taten häufig nicht strafrechtlich relevant sind.

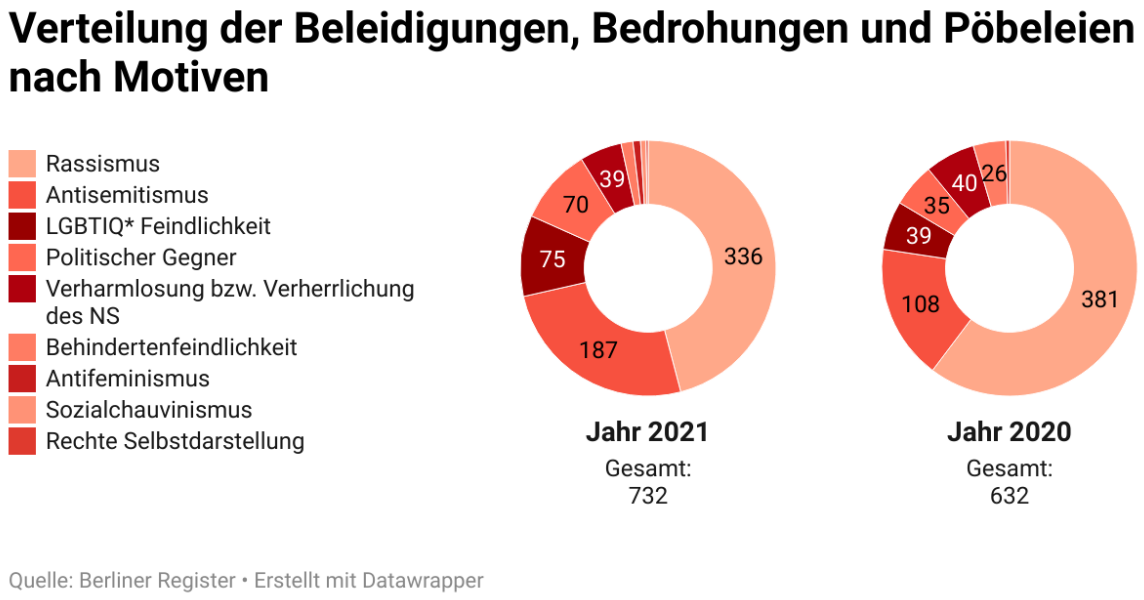


Abbildung 2: Die Zahlen geben die Anzahl an Vorfällen pro Motiv an. Im Jahr 2021 wurden beispielsweise 336 rassistische Vorfälle erfasst.

Wirft man einen Blick auf die Verteilung der Motive in dieser Kategorie, kann man sehen, dass Rassismus und Antisemitismus in beiden Jahren ungefähr drei Viertel der Vorfälle ausmachen, wobei die rassistischen Vorfälle gesunken und die antisemitischen, LGBTIQ*-feindlichen und die gegen politische Gegner*innen angestiegen sind. Die NS-verharmlosenden BBP, zu denen häufig Hitlergrüße gehören, blieben mit 39 Vorfällen auf dem Niveau des Vorjahres. Die behindertenfeindlichen Beleidigungen sind von 26 im Jahr 2020 auf 11 im Jahr 2021 gesunken. Antifeministische Beleidigungen und Bedrohungen wurden sieben im Jahr 2021 dokumentiert.

Der Anstieg antisemitischer Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien ist auf einen realen Anstieg an Vorfällen zurückzuführen. Menschen wurden antisemitisch beleidigt, wenn sie sich für die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie aussprachen. Kritiker*innen der Maßnahmen setzten ihre Situation mit der Vernichtung von Jüdinnen und Juden im Holocaust gleich. Antisemitische Verschwörungserzählungen sind im Zusammenhang mit der Pandemie in verschiedenen Vorfalls-Kategorien zu finden, so auch hier. Journalist*innen wurden am Rand von Demonstrationen antisemitisch beleidigt und es wurden Jüdinnen und Juden im Alltag auf der Straße beleidigt.

Der Rückgang an rassistischen Beleidigungen und Bedrohungen um 45 Vorfälle hat seine Ursache darin, dass von Inssan für 2021 noch keine Daten überliefert wurden. 2019 steuerte Inssan 47, 2020 45 Vorfälle von antimuslimisch-rassistischen Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien bei.

Die LGBTIQ*-feindlichen Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien sind angestiegen, weil zum ersten Mal die Beratungsstelle L-Support anonymisierte Fälle beigesteuert hat. Zudem hat die Analyse der Quellen ergeben, dass sich mehr Einzelpersonen in dieser Kategorie direkt an die Registerstellen gewandt haben als in den Vorjahren. Von den 75 LGBTIQ*-feindlichen Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien, die insgesamt dokumentiert werden konnten, wurden im Jahr 2021 41 Vorfälle direkt an die Register gemeldet. Im Vorjahr waren es nur 21. Die Berliner Register haben dem Themenfeld LGBTIQ*-Feindlichkeit im Jahr 2021 mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Es fanden zwei Online-Veranstaltungen statt, es wurden Flyer für diese Zielgruppe erstellt und viel Zeit in Netzwerkarbeit investiert. Der Effekt, dass sich mehr Menschen direkt bei den Registern melden, betrifft nicht nur das Thema LGBTIQ-Feindlichkeit. In allen Kategorien gibt es mehr Meldungen direkt an die Registerstellen, hier ist es nur besonders deutlich.

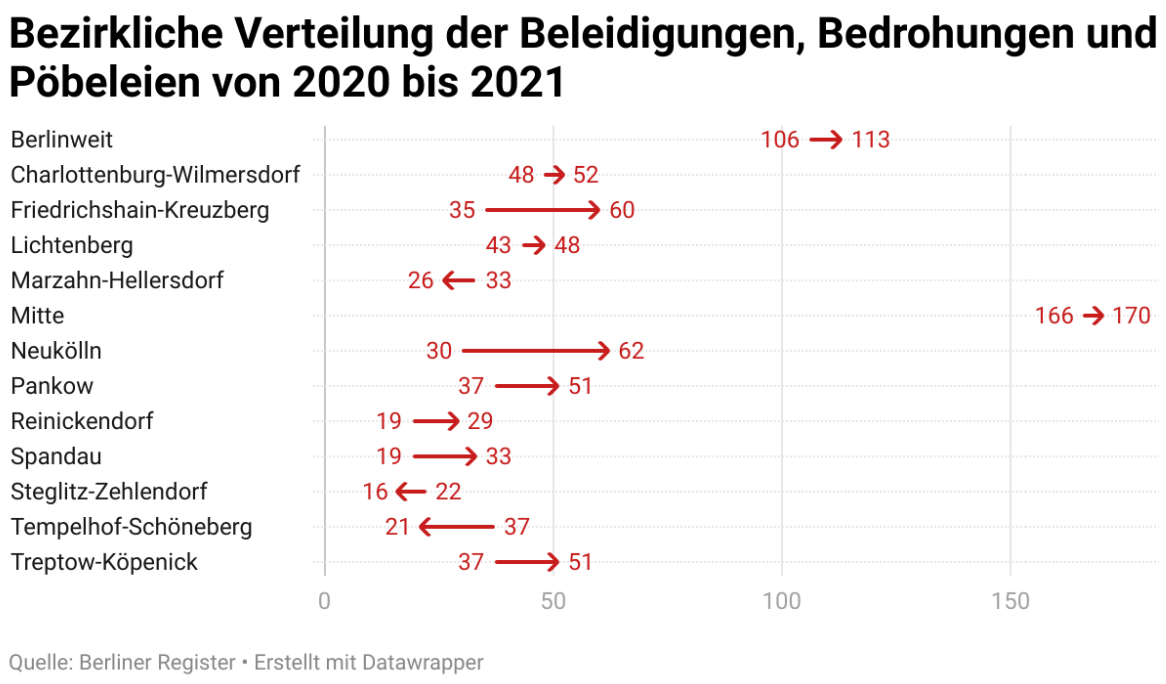


Abbildung 3: Zeigt ein Pfeil nach rechts, bedeutet das einen Anstieg von 2020 zu 2021.

Die Politischen Gegner*innen wurden teilweise im Zusammenhang mit dem Wahlkampf adressiert und Journalist*innen am Rand von Demonstrationen bedrängt, während es in Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg Linke waren, die von Rechten bedroht wurden.

Der Blick auf die bezirkliche Verteilung zeigt, dass der Anstieg besonders stark in Neukölln ist. Hier sind antisemitische Fälle die Ursache. In Friedrichshain-Kreuzberg ist der Anstieg einer breiten Palette an inhaltlichen Themen geschuldet. Im Wahlkampf wurden Menschen beleidigt, am Rand von Demonstrationen der Querdenken-Bewegung wurde Presse beleidigt, bedroht, sogar angegriffen, es kam zu NS-verharmlosenden Aussagen und bei rassistischen Polizeikontrollen kam es zu Beleidigungen.

In der Kategorie „Berlinweit“ werden Vorfälle erfasst, die keinem Bezirk zuzuordnen sind. Die Information liegt entweder nicht vor oder es handelt sich um Online-Vorfälle. Mehr als die Hälfte dieser Vorfälle waren antisemitisch motiviert. 2020 waren die Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien wegen der Corona-Pandemie in einigen Bezirken zurückgegangen. Die fehlenden Zusammenkünfte von Menschen, z.B. in Stadien oder Kneipen, hatten im Vorjahr auf lokaler Ebene zu einem Rückgang geführt. Einige Bezirke, wie beispielsweise Treptow-Köpenick oder Spandau, beschreiben die Situation von 2021 als vergleichbar mit der Situation vor der Pandemie.

Strukturelle Benachteiligung

Unter **struktureller Benachteiligung** werden Vorfälle erfasst, die Diskriminierungen auf dem Wohnungs-, Bildungs-, Arbeitsmarkt, im Gesundheitssystem sowie in Ämtern und Behörden betreffen. Es geht in diesen Fällen um rassistisches Mobbing durch Vermieter*innen und in der Schule, die Verweigerung von Unterstützungsleistungen durch Sozialämter, Jobcenter oder das Jugendamt. Menschen werden bei der ohnehin schwierigen Wohnungssuche in Berlin benachteiligt. Hinzu kommen rassistische Polizeikontrollen (Racial Profiling) auf der Straße oder durch Sicherheitsmitarbeiter*innen in Bahnen und Bahnhöfen, bei denen gezielt Schwarze Menschen und People of Color im öffentlichen Raum kontrolliert werden, weil ihnen Straftaten unterstellt werden. Der Großteil dieser Vorfälle wird anonymisiert aus Beratungsstellen der Antidiskriminierung an die Register übermittelt. Außerdem melden sich Menschen über die Antidiskriminierungs-App (AnDi). 80 Prozent der Vorfälle (298) stammten von den Beratungsstellen bei Amaro Foro e.V., EOTO, Narud e.V., Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS), von Fairmieten – Fairwohnen und der Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung, Chronische Erkrankung. Die beiden Kreisdiagramme zeigen, dass rassistische Vorfälle und solche, die sich gegen Menschen mit Behinderung richten, die Mehrheit ausmachen.

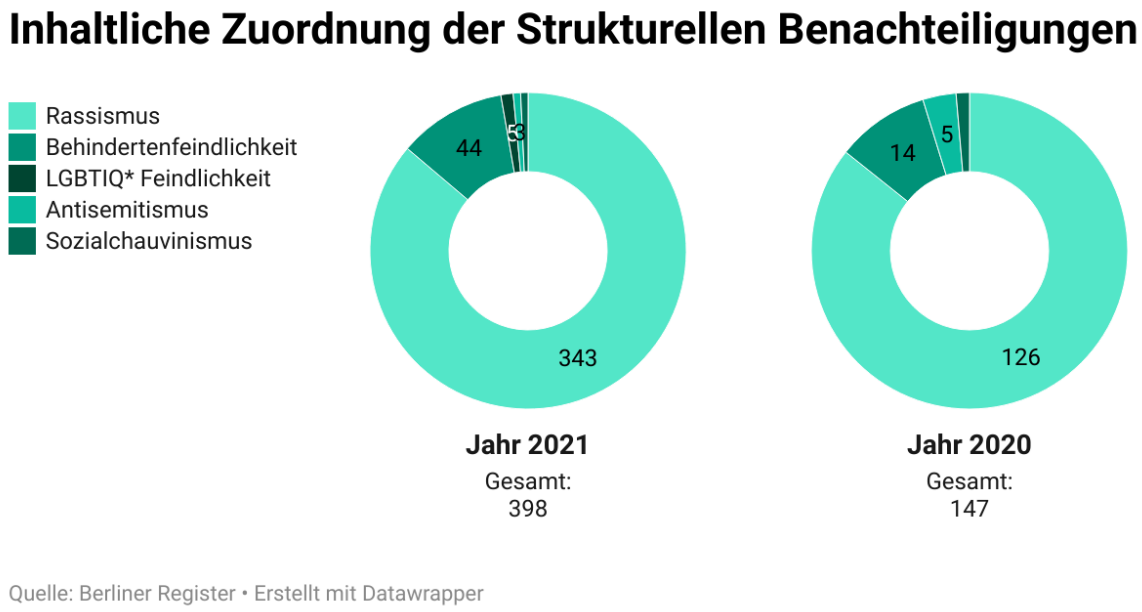


Abbildung 4: Die Zahlen stehen für die Gesamtzahl der strukturellen Benachteiligungen im jeweiligen Thema. Im Jahr 2021 wurden ein beispielsweise 44 strukturelle Benachteiligungen von Menschen mit Behinderung dokumentiert.

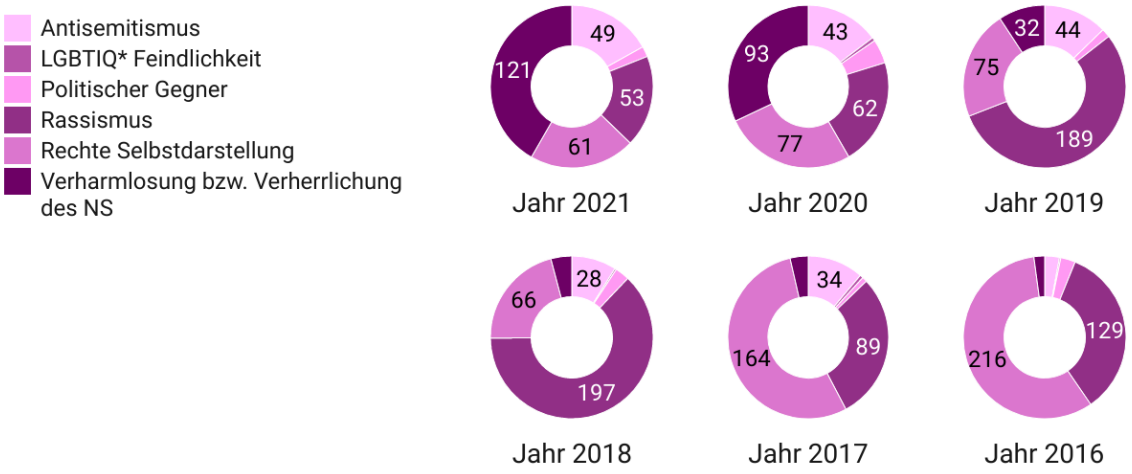
Der Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass mehr Beratungsstellen Daten für die Dokumentation an die Registerstellen übermittelten und zusätzlich haben diejenigen, die schon in den Vorjahren Daten übermittelt haben, mehr Fälle gesendet. Diese Fälle steigen

nicht an, weil sie häufiger passieren, sondern weil sie dank der Beratungsstellen und der Betroffenen, die sie melden, sichtbarer werden.
Aus der bezirklichen Verteilung dieser Vorfälle geht hervor, dass in den Innenstadtbezirken, in denen es häufiger zu Racial Profiling, kommt wie Friedrichshain-Kreuzberg, die Vorfallszahlen bei der strukturellen Benachteiligung höher sind.
Hervorzuheben sind strukturelle Benachteiligungen, bei denen Menschen mit Behinderung betroffen waren. Diese sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen von 14 auf 44 Vorfälle. Hier hat sich die Zahl der Quellen erhöht. Zwei Drittel dieser Meldungen stammen aus Beratungsstellen, das andere Drittel sind direkte Meldungen an die Registerstellen.

Veranstaltungen

Unter die Kategorie Veranstaltungen fallen Demonstrationen und Kundgebungen, bei denen es inhaltliche Äußerungen gibt, die den Nationalsozialismus verharmlosen, die antisemitisch, rassistisch oder LGBTIQ*-feindlich sind. Die Äußerungen erfolgen entweder über den Titel der Veranstaltung, im Aufruf oder in der Mobilisierung, den Redebeiträgen, bei Sprechchören oder sie werden auf Transparenten dargestellt. Neben den großen Veranstaltungen gibt es auch kleinere wie Infotische extrem rechter Parteien oder Aktionen der extremen Rechten (z.B. Patrouillen), Stammtische oder Online-Veranstaltungen. Quellen für diese Vorfälle sind Informationen der Presse, aus sozialen Medien und von der Versammlungsbehörde. In dieser Kategorie gibt es, wenn überhaupt, nur ein kleines Dunkelfeld. Wer die Öffentlichkeit mit einer politischen Veranstaltung sucht, wird wahrgenommen. Dadurch sind diese Vorfälle leichter zu recherchieren.

Inhaltliche Zuordnung von Veranstaltungen von 2016 bis 2021

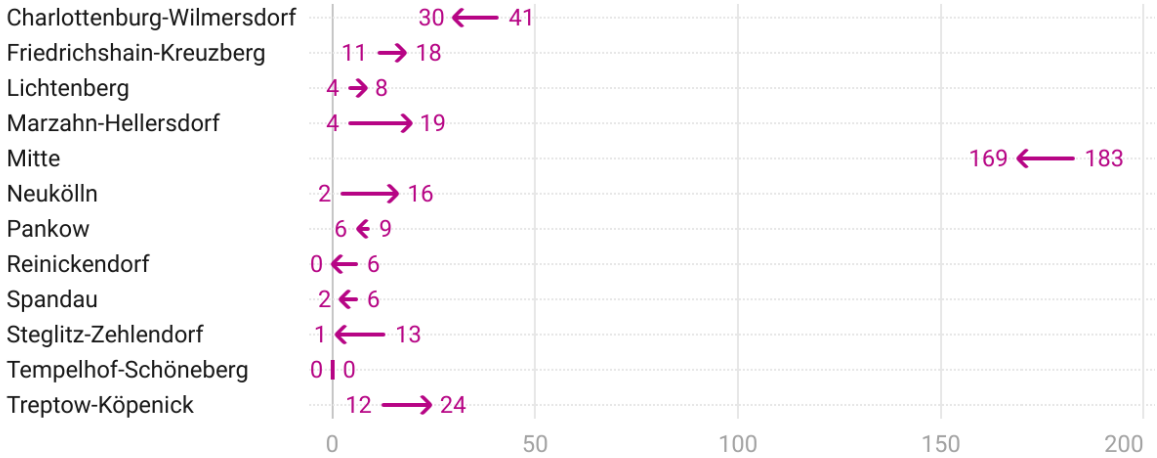


Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

Für das Jahr 2021 wurden 291 Veranstaltungen erfasst (2020: 293). Dass die Zahl der des Vorjahres entspricht, ist nicht selbstverständlich, denn 2021 war Wahlkampf. In Berlin sogar ein Superwahljahr mit Bundestagswahlen, Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV). Im Jahr 2016, in dem Bundestagswahlkampf war, lag die Zahl bei 216. Ein Jahr später fanden Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt und die Zahl der Veranstaltungen, die der rechten Selbstdarstellung dienten, lag bei 164. 2021 ist die Zahl mit daher 61 sehr niedrig. Das bedeutet, dass der Wahlkampf kaum über Veranstaltungen durchgeführt wurde. Mit 121 NS-verharmlosenden Veranstaltungen wurde in dieser Kategorie der höchste Wert dokumentiert. Die Ursache liegt hier in Demonstrationen, die von Gegner*innen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, durchgeführt wurden.

Eine Demonstration mit unterschiedlichen Themen wird bei den Registern einer Kategorie zugeordnet. Wenn die Querdenken-Bewegung eine Demonstration in Berlin durchführt, zu der mehrere Tausend Teilnehmende kommen, ist ihr Thema der Protest gegen die Maßnahmen der Corona-Pandemie. Wenn es auf dieser Demonstration zu antisemitischen, NS-Vverharmlosenden Äußerungen oder zu Gewaltaufrufen gegen Befürworter*innen der Corona-Maßnahmen kommt, wird diese Veranstaltung einem Thema zugeordnet. 2021 wurden diese Veranstaltungen häufig der Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus zugeordnet. Das erklärt den Anstieg in den beiden Pandemie-Jahren 2020 und 2021. Rassistische Veranstaltungen sind in den Jahren Jahr 2020 und 2021 auf mittlerweile 53 gesunken. Sie fanden vorwiegend in Mitte statt, also dem Bezirk, in dem 58 Prozent aller Veranstaltungen dokumentiert wurden. Der letzte inhaltlich relevante Bereich sind die antisemitischen Veranstaltungen. Mit einer Zahl von 49 haben sie 2021 ihren höchsten Stand seit der Erfassung der Registerstellen erreicht. 2020 und 2019 war die Zahl mit 43 und 44 Vorfällen ähnlich hoch. Im April und Mai fand fast die Hälfte dieser Veranstaltungen statt. Sie hatten häufig einen Bezug zum Nahost-Konflikt. Wenn antisemitische Verschwörungserzählungen bei Veranstaltungen von Reichsbürger*innen und Corona-Leugner*innen die Ausrichtung bestimmten, wurde diese ebenfalls dem Antisemitismus zugeordnet.

Verteilung der Veranstaltungen auf die Bezirke von 2020 bis 2021



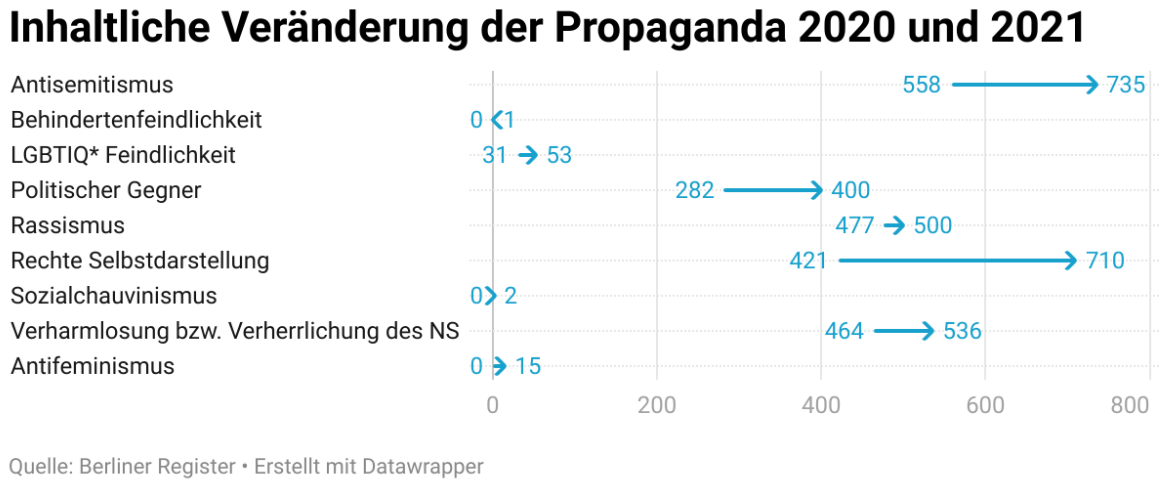
Quelle: Berliner Register • Erstellt mit Datawrapper

Der Blick auf die bezirkliche Verteilung offenbart, dass der Bezirk Mitte ebenso wie in allen vorhergehenden Jahren die meisten Veranstaltungen verzeichnet (2021: 169; 2020: 183). Mitte liegt zentral und ist daher nicht nur für Berliner*innen, sondern auch bundesweit interessant. Die Regierungsgebäude und Orte wie der Alexanderplatz, der Hauptbahnhof und das Brandenburger Tor sind aufgrund ihrer zentralen Lage und ihrer Symbolkraft in der Geschichte Berlins für Demonstrationen und Kundgebungen beliebt. Die Region um Zoo und Breitscheidtplatz sind als City-West bekannt und ebenfalls beliebte Veranstaltungsorte. Charlottenburg-Wilmersdorf liegt mit 30 Veranstaltungen an zweiter Stelle. Im Jahr 2020 waren es noch 41. In beiden Bezirken sind die Zahlen der Veranstaltungen gesunken. Ebenfalls gesunken sind sie in Pankow von 9 auf 6, in Reinickendorf von 6 auf 0, in Spandau von 6 auf 2 und in Steglitz-Zehlendorf von 13 auf 1. In Tempelhof-Schöneberg wurden weder 2020 noch 2021 Veranstaltungen aufgenommen. Zuwächse gab es in Friedrichshain-Kreuzberg von 11 auf 18, in Lichtenberg von 4 auf 8, in Marzahn-Hellersdorf von 4 auf 19, in Neukölln von 2 auf 16 und in Treptow-Köpenick von 12 auf 24. In Neukölln ist der Anstieg auf antisemitische Veranstaltungen zurückzuführen. Allein im Mai fanden dort 9 antisemitische Demonstrationen und Kundgebungen statt, die sich auf den Nahost-Konflikt bezogen.

Propaganda

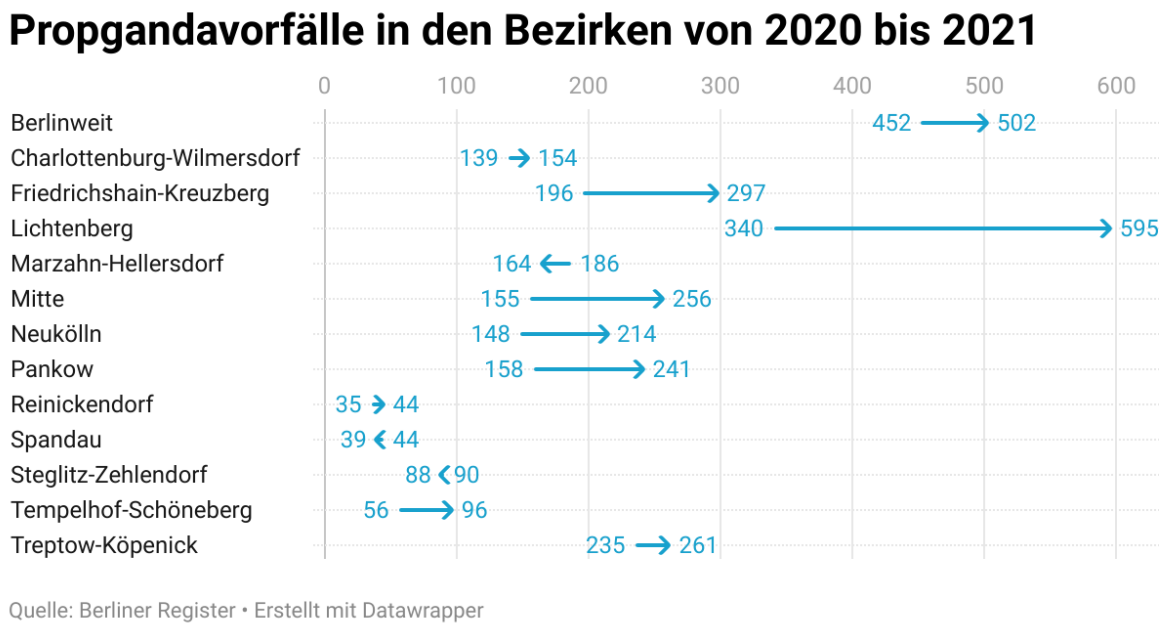
Die Kategorie, in der die meisten Vorfälle erfasst wurden, ist Propaganda mit 2951 Vorfällen (2020: 2234). Diese Vorfälle umfassen Aufkleber, mit Edding und Sprühdose verfasste schriftliche Äußerungen, wie NS-Symbolik und rassistische Parolen auf Sitzen an Bushaltestellen. Auch Flugblätter und Zeitungen der extremen Rechten gehören in diese Kategorie. Der Bezug zur Corona-Pandemie, der bereits bei Veranstaltungen und

Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien beobachtet werden konnte, zeigt sich hier noch eindringlicher. Quellen dieser Vorfälle sind sehr häufig Einzelpersonen, die sich in ihrer Nachbarschaft zu Fuß bewegen, weil sie spazieren gehen, einkaufen oder mit dem Hund raus müssen. Eine gute Vernetzung mit diesen Einzelpersonen, die Aufkleber und Symbole erkennen und entfernen, ist deshalb wichtig. In einigen Bezirken sind Gruppen entstanden, die sich über Messenger Dienste miteinander verständigen und der bezirklichen Registerstelle über das Smartphone Fotos der Fundstücke zukommen lassen. Einige Meldungen werden über Twitter, Facebook oder Instagram an die Registerstellen geschickt. Vereine und Einrichtungen, die rechte Propaganda am Gebäude oder im Briefkasten vorfinden, wenden sich ebenfalls an die Registerstellen. Irmela Mensah Schramm, die mehrmals pro Woche rechte Propaganda entfernt und sie mit der Ausstellung „Hass vernichtet“ anderen zugänglich macht, übermittelt ihre Beobachtungen ebenfalls an die Registerstellen.
Ein höherer Bekanntheitsgrad und die vereinfachten Wege, um Meldungen zu übermitteln, trugen zum Anstieg der Propaganda-Vorfälle bei.



Bis auf die Feindschaft gegenüber Menschen mit Behinderung, die von einem auf Null Vorfälle gesunken ist, ist keine inhaltliche Kategorie innerhalb der Propaganda gesunken. Die inhaltlichen Kategorien, die 2020 schon stark verbreitet waren, sind es auch 2021, z.T. mit massivem Zuwachs. Propaganda, die der rechten Selbstdarstellung diente, stieg von 421 auf 710 an. In diesem Themenfeld sind neben der Werbung von extrem rechten Organisationen oder Versandhandeln, Aktivitäten im Wahlkampf und Aktivitäten der extrem rechten Kleinstpartei „Der III. Weg“ erfasst worden. Antisemitische Propaganda ist von 558 auf 735 Vorfälle angestiegen. Hierbei wurden unzählige Parolen wie „Impfen macht frei“, der Davidstern mit der Aufschrift „Ungeimpft“ und Online-Vorfälle erfasst. Im Themenfeld Antisemitismus ist der Anteil der Online-Vorfälle sehr hoch. Für 2021 sind es 489 antisemitische Propaganda-Fälle von insgesamt 735. Sie machen damit weit über die Hälfte

aller antisemitischen Vorfälle in Berlin aus. Die Hauptquelle für diese Fälle ist die Dokumentation der Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS). Jüdische und israelische Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen leiten an sie gerichtete antisemitische E-Mails, Kommentare von Twitter, Youtube und Instagram an RIAS weiter. Es findet kein Monitoring des Internets statt, sondern diese Fälle sind adressiert. Auch allgemeine antisemitische Aussagen wie sie in Videos von Reichsbürger*innen vorkommen, werden nicht erfasst. In den adressierten Kommentaren wird reflexhaft mit antisemitischen Äußerungen auf alles reagiert, was jüdische Menschen veröffentlichen. Propaganda, die politische Gegner*innen der extremen Rechten adressierte, stieg von 282 auf 400 Vorfälle. NS-Verharmlosende Propaganda wuchs von 464 Vorfällen auf 536 an. Die rassistische Propaganda startete 2020 auf hohem Niveau mit 477 Vorfällen, stieg im Jahr 2021 aber nur wenig auf 500 Vorfälle. LGBTIQ-feindliche Propaganda wurde 53 Mal erfasst. Der Antifeminismus ist als Kategorie ERST Mitte des Jahres 2021 neu eingeführt worden. Hier wurden 15 Propaganda-Vorfälle dokumentiert.

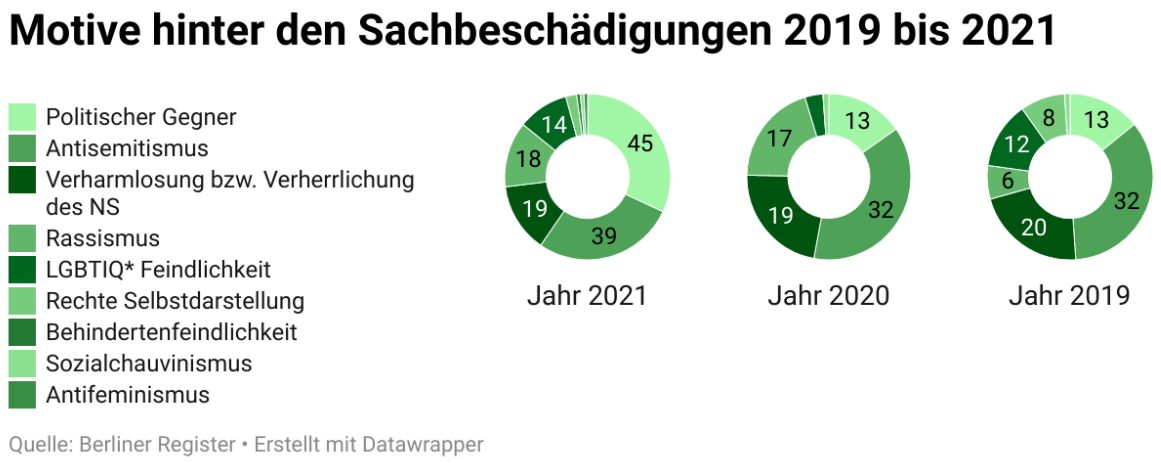


An der räumlichen Verteilung der Propaganda-Fälle ist zu erkennen, dass Lichtenberg mit 595 besonders viele Vorfälle aufweist und Reinickendorf mit 35 den niedrigsten Wert. In der Kategorie „Berlinweit“ verursachen die antisemitischen Online-Vorfälle die hohe Zahl von 502 Vorfällen. In einigen Bezirken ist „Der III. Weg“ für den Anstieg verantwortlich. Teilweise wird der Weg zu Demonstrationen von „Querdenker*innen“ und Corona-Leugner*innen mit Aufklebern gepflastert, in Neukölln und Tempelhof-Schöneberg schmiert eine Einzelperson rassistische und antisemitische Parolen und es gibt Menschen, die täglich, manchmal mehrmals täglich, Aufkleber mit extrem rechten Inhalten in ihrer Nachbarschaft anbringen. Diese Aufkleber werden von engagierten Menschen entfernt, ebenfalls täglich. Diese lokal

begrenzten Dynamiken waren im Jahr 2021 in Lichtenberg und Friedrichshain zu beobachten. Beide Bezirke hatten 2020 das gleiche Problem.

Sachbeschädigungen

Die Sachbeschädigungen sind 2021 auf 141 angestiegen (2020: 85). Unter die Kategorie „Sachbeschädigung“ fallen weniger Vorfälle als unter dem gleichnamigen Straftatbestand erfasst werden. Für die Zuordnung zur Sachbeschädigung muss eine Sache gezielt beschädigt werden, z.B. ein Schaukasten zerstört, ein Gedenkstein beschmiert, ein Stolperstein entfernt, ein Auto zerkratzt, ein Wahlplakat beschädigt, ein Briefkasten beschmiert oder gesprengt werden. Hakenkreuze werden an Häuserwände gesprüht, aber nicht, um die Wände zu beschmutzen, sondern um eine Botschaft zu vermitteln. Die Auswahl des Ortes kann den Unterschied ausmachen, ob ein Vorfall als Propaganda, Sachbeschädigung oder Bedrohung erfasst wird.

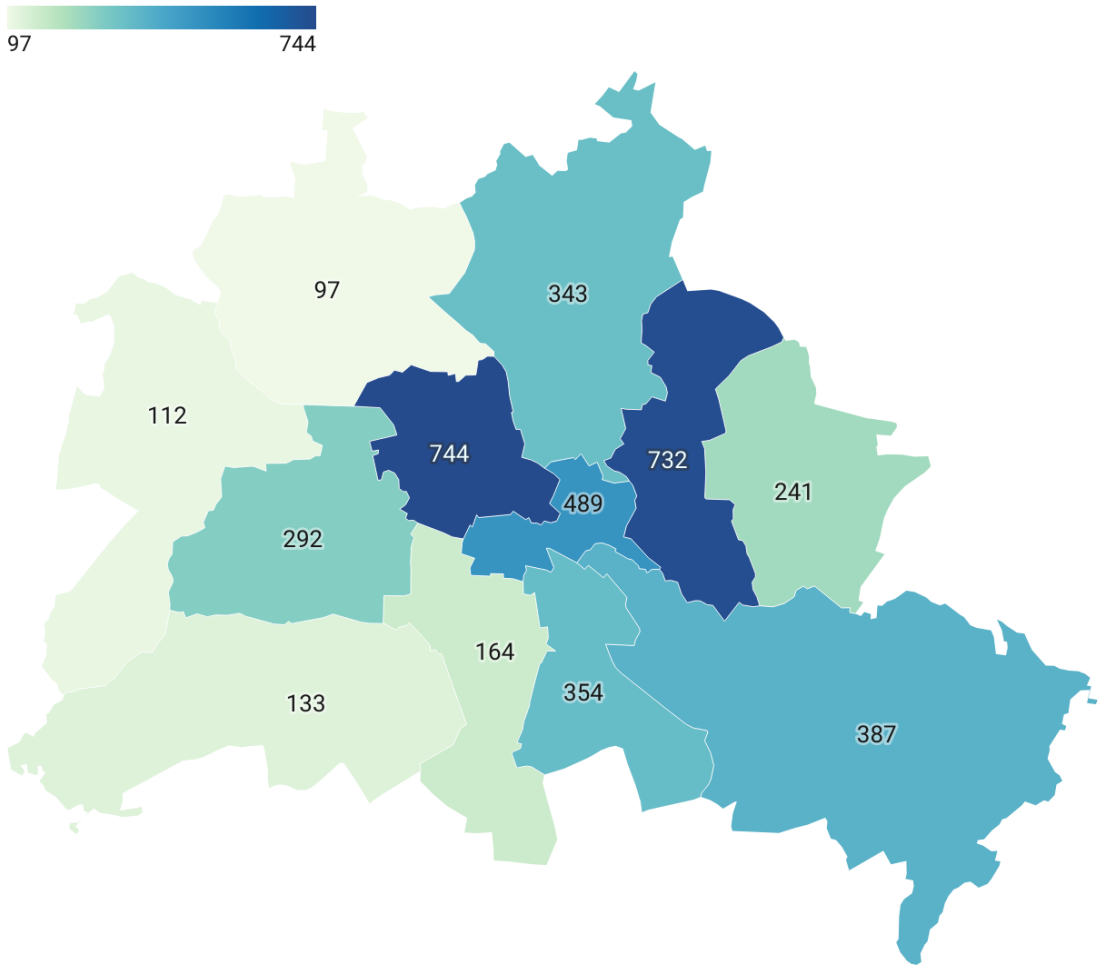


In der Grafik wird das Jahr 2019 zusätzlich abgebildet, um zu zeigen, was vor Beginn der Corona-Pandemie erfasst wurde. Anhand der Verteilung der Motive ist zu sehen, dass Sachbeschädigungen gegen politische Gegner*innen mit 45 Vorfällen den höchsten Wert haben und dass sie als einziges Motiv stark gestiegen sind. Hier spielte der Wahlkampf eine zentrale Rolle, d.h. zerstörte und beschädigte Wahlplakate sowie Sachbeschädigungen an Parteibüros. Unter den antisemitischen Sachbeschädigungen finden sich vorwiegend zerstörte und beschmierte Stolpersteine, Gedenktafeln und Mahnmale. Im Dezember wurden Chanukka-Leuchter in den vier Bezirken Tempelhof-Schöneberg, Mitte, Lichtenberg und Treptow-Köpenick beschädigt. Die Zahl der NS-verharmlosenden und der rassistischen Sachbeschädigungen hat sich kaum verändert. Die LGBTIQ*-feindlichen Sachbeschädigungen sind wieder auf 14 angestiegen, nachdem sie 2020 auf 3 gesunken waren.

Bezirke

Alle Vorfälle werden einem Bezirk zugeordnet, weil die Auswertung auf lokaler Ebene erfolgt. Die meisten Menschen interessieren sich für ihre Nachbarschaft, für den Ort, an dem sie leben oder arbeiten. Dort kennen sie Nachbar*innen, Freund*innen, Vereine und Initiativen und die Straßennamen. Die Registerstellen erfassen deshalb auf lokaler Ebene Vorfälle, denn dort passieren sie und dort stoßen sie auf Interesse. Um ein Gefühl dafür zu bekommen, welche Vorfälle an welchen Orten passieren, braucht es den Vergleich der Bezirke und der Ortsteile.

Anzahl der Vorfälle in den Bezirken im Jahr 2021



Erstellt mit Datawrapper

Die Zahl der erfassten Vorfälle in **Charlottenburg-Wilmersdorf** ist mit 292 im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen (2020: 276). Mit 121 Vorfällen blieb Rassismus weiterhin die am häufigsten dokumentierte Motiv-Kategorie im Bezirk und machte etwa ein Drittel aller Vorfälle aus. Angestiegen ist besonders die Zahl der rassistischen strukturellen Benachteiligungen, bspw. in Bildungseinrichtungen. Es wurden mehr antisemitisch motivierte Vorfälle dokumentiert (2021: 47; 2020: 37). Die Zahl der den Nationalsozialismus

verherrlichenden bzw. verharmlosenden Vorfälle (43) hat sich um die Hälfte erhöht, wobei es sich vor allem um Propaganda-Vorfälle und Veranstaltungen handelte. Viele dieser Vorfälle standen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, indem z.B. die Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie mit dem Nationalsozialismus oder der Shoa gleichgesetzt wurden.

Mit insgesamt 489 Vorfällen für das Jahr 2021 verzeichnet das Register **Friedrichshain-Kreuzberg** einen Anstieg um 41 Prozent (2020: 347). Zurückzuführen ist die Erhöhung von Vorfallsmeldungen u. a. auf verbesserte Meldemöglichkeiten, durch den Ausbau der Social-Media-Präsenz und durch neue Projektpartner*innen. In den Kategorien Beleidigung, Bedrohung, Pöbelei und Sachbeschädigung liegen die Zahlen auf dem Niveau des Vorjahres. Teils erhebliche Steigerungen gab es bei Propaganda (52 %), Beleidigung (44 %) und Struktureller Benachteiligung (37 %). Besonders von Propaganda betroffen ist seit Jahren das Gebiet zwischen Revaler Straße und Frankfurter Allee in Friedrichshain. Die Steigerung bei Beleidigungen erfolgte u. a. durch Teilnehmer*innen an rechten Demonstrationen und Mitarbeiter*innen an Wahlkampfständen rechter Parteien gegenüber politischen Gegner*innen und Journalist*innen. Die Erhöhung im Bereich Strukturelle Benachteiligung ist überwiegend auf Racial Profiling im und um den Görlitzer Park zurückzuführen.

Das **Lichtenberger Register** hat einen Anstieg um 73 Prozent (2020: 421, 2021: 729) zu verzeichnen. Hauptverantwortlich dafür ist eine neue Zählweise auch von einzelnen Aufklebern (unter 5 Stück), die 209 Vorfälle ausmachten. Auch ohne diese Vorfälle stieg die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 24%. Für den regulären Anstieg waren neben der steigenden Anzahl von extrem rechter Propaganda vor allem drei Faktoren entscheidend: 1. Der Wahlkampf führte zu mehr Sachbeschädigungen und Angriffen. 2. Die Corona-Pandemie mobilisierte weiterhin Menschen, diskriminierende und teils NS-verharmlosende Propaganda ins Stadtbild zu bringen. 3. Die Meldungen von Kooperationspartner*innen beleuchtete zunehmend rassistische Behördendiskriminierungen, gehäuft im Lichtenberger Jobcenter. In fast allen inhaltlichen Kategorien ist ein Anstieg festzustellen. Bemerkenswert ist er beim Antisemitismus, der sich in Form von Angriffen, Denkmalschändungen und viel Propaganda im Kontext der Corona-Pandemie zeigte. Extrem rechte Organisationen haben weiterhin einen Aktionsschwerpunkt in Lichtenberg. Dabei fand eine Verlagerung der Aktivitäten weg von der NPD und den Kameradschaften hin zum „III. Weg“ statt.
Auch wenn die Gewalt (2020: 25; 2021: 27) und die Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien (2020: 43; 2021: 46) nur leicht stiegen, war die Qualität der Angriffe alarmierend. Bei drei Angriffen waren Schusswaffen im Spiel, zweimal wurden Messer verwendet, zwei Kinder wurden mit abgebrochenen Flaschen attackiert und eine Muslima von einem

hochliegenden Balkon mit einem Aschenbecher beworfen. Ein Obdachloser wurde von mehreren Personen lebensgefährlich verprügelt. Mehrere demokratische Wahlhelfer*innen wurden bedroht und attackiert. Eine transfeindliche Todesdrohung und eine rassistische Spuckattacke gegen einen Vater mit Kleinkind erregte bundesweit Öffentlichkeit.

Die Zahl der gemeldeten Vorfälle in **Marzahn-Hellersdorf** ist mit 240 im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr (252 Vorfälle), trotz ein einer erneuten Erweiterung der Zahl von Melder*innen, relativ konstant geblieben. Für diese Entwicklung sind in erster Linie zwei Ursachen zu nennen: Zum einen leben einige zentrale Akteure der extremen Rechten inzwischen nicht mehr Bezirk bzw. haben ihre Aktivitäten in andere Regionen verlagert, zum anderen schlagen sich hier die pandemiebedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens nieder. Ab Herbst 2021 nahm die Anzahl der Meldungen erheblich zu (92 Vorfälle von September bis Jahresende), was vor allem im Zusammenhang mit der verstärkten Präsenz der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ steht. 59 Meldungen aus dem Jahr 2021 weisen Bezug zu dieser neonazistischen Kleinstpartei auf. Das Hauptmotiv der gemeldeten Vorfälle ist rechte Selbstdarstellung (68 Vorfälle). Die meisten Vorfälle wurden in Marzahn-Mitte (60) und Hellersdorf-Nord (52) registriert.

Im Bezirk **Mitte** wurden 2021 744 Vorfälle erfasst gegenüber 609 im Vorjahr. Der Anstieg ist besonders auf die Zunahme von antisemitischen (148 statt 100) und NS-verharmlosenden/ verherrlichenden (136 statt 103) Vorfällen zurückzuführen, die überwiegend mit den vielen verschwörungsideologischen Kundgebungen und Demonstrationen im Bezirk Mitte im Zusammenhang standen: Rund 75 Prozent der insgesamt 169 dokumentierten Veranstaltungen waren diesen beiden Motiven zuzuordnen. Vor allem im Monat Mai ereigneten sich während neuerlicher gewaltsamer Auseinandersetzungen in Israel/Palästina gehäuft israelbezogene, antisemitische Vorfälle. Doch auch rassistische Vorfälle stiegen von 285 (2020) auf nun 307 an, weil Narud e.V. (Träger der Registerstelle in Mitte) deutlich mehr rassistische strukturelle Benachteiligungen (67 statt 24) und Fälle von Anti-Schwarzem Rassismus erfasste. Allein 38 von Anti-Schwarzem Rassismus motivierte strukturelle Benachteiligungen ereigneten sich an Schulen im Bezirk.

Die Registerstelle **Neukölln** hat im Jahr 2021 353 Vorfälle registriert. Das ist die bisher höchste Zahl an registrierten Vorfällen im Bezirk. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt 118 Fälle. Mit Blick auf die Motive gibt es einen Wechsel bzw. eine Verschiebung seit 2020, von der rechten Selbstdarstellung wieder stärker hin zum Rassismus. Mehr als ein Viertel der Motive (99 Vorfälle) lässt sich auf Rassismus zurückführen. Jeder fünfte Vorfall (71) auf rechte Selbstdarstellung. Knapp jeder fünfte Vorfall (67) ist auf Antisemitismus

zurückzuführen. Bei jedem zehnten Vorfall (34) sind politische Gegner*innen die Zielscheibe und bei 5 Prozent (17) war das Motiv LGBTIQ*-Feindlichkeit. Wie im vorletzten Jahr (2020: 148) sind Propaganda-Vorfälle 2021 an erster Stelle mit 214 Fällen (60%) zu verzeichnen. Hier waren vor allem rechte Selbstdarstellung und die NS-Verharmlosung dominierend. Der Großteil dieser Vorfälle ereignete sich in Nord-Neukölln sowie in Rudow durch ein starkes Engagement der extrem rechten Kleinstpartei „Der III. Weg“. Sie war zu Beginn und gegen Ende des Jahres 2021 sehr auffällig und aktiv. Die Bedrohungen und Beleidigungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt und sind von 30 auf 62 Vorfälle in 2021 angestiegen. Diese fanden vorwiegend in Nord-Neukölln mit 47 Fällen statt.

Im Bezirk **Pankow** gab es einen starken Anstieg der Vorfallszahlen. Im Vergleich zum Vorjahr sind knapp 100 Meldungen mehr verzeichnet worden (2021: 343, 2020: 2048). Trotz schwach organisierter Neonazi-Szene gab es einen starken Anstieg an Propaganda-Delikten. Beunruhigend ist hierbei der starke Anstieg antisemitischer Propaganda: Zum einen im Kontext der Pandemie, indem Ungeimpfte mit Jüd*innen im Nationalsozialismus und der Shoa gleichgesetzt wurden. Zum anderen klare Botschaften, in denen Jüd*innen als Feinde markiert wurden. Rassismus ist das Hauptmotiv aller Vorfälle in Pankow (2021: 102). Die Zahl der Angriffe ging durch die Untererfassung zurück (2021: 27; 2020: 35). Die Anzahl der Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien ist gestiegen (2021: 51; 2020: 37).

Die Gesamtzahl der diskriminierenden Vorfälle, die im Jahr 2021 vom Register **Reinickendorf** dokumentiert wurden, lag mit 97 auf dem Niveau des Vorjahres (2020: 98). Allerdings wurden kaum Online-Vorfälle registriert (2021: 2; 2020: 20). Wenn man die Vorfälle, die sich online ereigneten, unberücksichtigt lässt, ergibt sich ein deutlicher Anstieg der Vorfälle, die sich auf den Straßen, in den Schulen und Geschäften ereigneten (2021: 95; 2020: 78). Dieser Anstieg geht vor allem auf die gestiegene Anzahl von Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien sowie von vermehrter Propaganda im öffentlichen Raum in Form von Aufklebern und Schmierereien zurück. Besonders für den Bezirk Reinickendorf ist, dass hier der Anteil verbaler Anfeindungen im Vergleich zum berlinweiten Durchschnitt besonders hoch ist (30 % Reinickendorf, 15 % Berlin), während der Anteil der Propaganda-Vorfälle verhältnismäßig niedrig ist (45 % Reinickendorf, 61 % Berlin). Was die Motive betrifft, dominieren in Reinickendorf stärker Rassismus (39 % Reinickendorf, 29 % Berlin) und LGBTIQ‘-Feindlichkeit (11 % Reinickendorf, 4 % Berlin), während antisemitische Vorfälle weniger stark präsent sind (9 % Reinickendorf, 22 % Berlin).

Die Anzahl der Vorfälle, die das Register **Spandau** dokumentieren konnte, stieg dank einer befristeten Verstärkung des Personals, mehr bezirklicher Anlaufstellen sowie neuer berlinweiter Kooperationspartner*innen der Berliner Register von 98 auf 112 Vorfälle. Am

häufigsten waren − wie im Vorjahr − die Propaganda-Vorfälle mit 35 Prozent, dicht gefolgt von Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien (29%). Letztere zeigten einen Anstieg um 10 Prozent auf 33 Vorfälle (2020: 19), was dem Niveau der Vorjahre (ohne 2020) entspricht. Die dokumentierten Angriffszahlen sind niedriger als 2020, stellen aber immer noch die zweithöchste Angriffszahl dar. Häufigstes Motiv aller Vorfälle ist nach wie vor Rassismus (51%), wobei nach allgemein rassistischen Vorfällen vor allem Anti-Schwarzer-Rassismus dokumentiert werden konnte. Motiv der Propaganda-Vorfälle war überwiegend rechte Selbstdarstellung, während Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien ebenso wie Angriffe vor allem rassistisch motiviert waren. Nach Rassismus als Motiv folgen rechte Selbstdarstellung (18 %) und politische Gegner*innen (11 %), womit sich letztere im Vergleich zu 2020 verdoppelten. Weiterhin wurden die meisten Vorfälle für den Ortsteil Spandau erfasst (44; 39%), was mit der auf diesen Ortsteil zentrierten Struktur des Bezirks erklärt werden kann. Von den übrigen Ortsteilen liegen Hakenfelde mit 15 (13 %) und Staaken mit 11 Vorfällen (10 %) deutlich vorn.

In **Steglitz-Zehlendorf** sind die Zahlen im Vergleich zu 2020 leicht gesunken. Im Jahr 2021 wurden mit 133 Vorfällen, ca. 10 Prozent weniger als 2020 dokumentiert (2020:147). Durch die Corona-Pandemie sind dem Register teilweise Melder*innen weggefallen, einerseits durch geringere Erreichbarkeit der Anlaufstellen, andererseits durch eine Fokusverschiebung von rechten Gruppen auf Corona-Leugner*innen. Propaganda ist die häufigste Vorfallsart mit 66 Prozent der Vorfälle, hält sich mit der Anzahl aber auf dem Niveau des Vorjahres (2021:88; 2020:90). Rassismus ist mit insgesamt 51 dokumentierten Vorfällen das häufigste Motiv in Steglitz-Zehlendorf (38%), gefolgt von rechter Selbstdarstellung (29 %) und Antisemitismus (11 %).

In **Tempelhof-Schöneberg** ist gegenüber den Vorjahren (2020: 132; 2019: 126 Vorfälle; 2018: 93 Vorfälle; 2017: 100 Vorfälle) die Gesamtzahl mit 164 Vorfällen angestiegen. Im Vergleich zu 2019 war ein Anstieg um mehr als ein Drittel zu beobachten. Im Bereich der NS-verharmlosenden und -verherrlichenden Vorfälle wurde ein weiterer Anstieg verzeichnet. Am häufigsten wurden diese Vorfälle für Mariendorf erfasst. Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien im Bezirk sind im Vergleich zu 2020 weniger gemeldet worden (2021:22; 2020: 38; 2019: 17; 2018: 18; 2017:21), dennoch sind von den 22 Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien 10, die rassistisch motiviert waren. Es gab eine Zunahme an Meldungen zur strukturellen Benachteiligung (2021:14; 2020: 5), bei welchen Behindertenfeindlichkeit (9) als häufigstes Motiv vorkam. Es wurden insgesamt 16 Angriffe für das Jahr 2021 dokumentiert, davon waren 7 rassistisch, 4 antisemitisch und 5 LGBTIQ*-feindlich motiviert.

Im Jahr 2021 wurden in **Treptow-Köpenick** 387 Vorfälle dokumentiert (2020: 329). Das entspricht einer Steigerung um ca. 18 Prozent. Der Zuwachs spiegelt sich in allen Kategorien wider, außer im Bereich der Angriffe, in dem es dieses Jahr zu einer Untererfassung kam. Insbesondere der Wahlkampf und die gestiegene Aktivität der extrem rechten Parteien prägten die Vorfälle im Jahr 2021. So nahm das Motiv der (extrem) rechten Selbstdarstellung stark zu (+ 252 %). Dies zeigt sich insbesondere in den Kategorien Veranstaltungen (+ 12 Vorfälle) und Propaganda (+ 58 Vorfälle). Zwar auf einem geringeren Vorfall-Niveau, aber trotzdem deutlich, stiegen die Motive Antisemitismus (+ 92 %) und LGBTIQ*-Feindlichkeit (+ 100 %). Im Themenfeld Antisemitismus hat vor allem Propaganda zugenommen (+ 9 Vorfälle). Bei den LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen sind es insbesondere die Übergriffe (5 Angriffe, (+2); 5 Beleidigungen /Bedrohungen/ Pöbeleien, (+3)), die weiter angestiegen sind. Das Hauptmotiv aller dokumentierten Vorfälle bleibt Rassismus mit 31 Prozent. Zudem gab es innerhalb der Ortsteile Verschiebungen. Adlershof (62) hat erstmals seit vielen Jahren Niederschöneweide (42) als Ortsteil mit den meisten Vorfällen abgelöst.

Zusammenfassung

In Berlin wurden mit 4841 Vorfällen ca. 1000 Vorfälle mehr erfasst als im Vorjahr (2020: 3822). Die Gründe für den Anstieg sind unterschiedlich:

1. Mehr Vorfälle: Es sind in einigen Themenfeldern mehr Vorfälle dokumentiert worden, weil mehr stattgefunden haben. Das gilt für Propaganda-Vorfälle (2021: 2951; 2020: 2234) und für antisemitische Vorfälle (2021: 774; 2020: 1043).
2. Dunkelfeld an Diskriminierungen wird heller: Mehr Beratungsstellen kooperieren mit den Berliner Registern und übermitteln Vorfallsdaten. Weil diese Beratungsstellen in Diskriminierungsfällen beraten, steigen die Fallzahlen in der Kategorie „Strukturelle Benachteiligung“.
3. Vereinfachte Meldewege: Je einfacher Vorfälle gemeldet werden können, desto eher werden sie gemeldet. Die Registerstellen haben 2021 ihr Präsenz in sozialen Netzwerken erhöht. Alle Register hatten befristet auf ein Jahr mehr Personal und konnten Zeit in Netzwerkarbeit und Werbung investieren. Es gibt ein Meldeformular auf der neu gestalteten Internetseite und über die Antidiskriminierungs-App (AnDi) werden ebenfalls Vorfälle an die Register gesendet.

Im Jahr 2021 war das öffentliche Leben durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie weiterhin eingeschränkt, wenn auch nicht mehr so stark wie 2020. Als einschneidend hervorzuheben sind die Schließungen von Kitas und Schulen, die Home-Office-Pflicht, die Beschränkung des Zugangs zu Restaurants, Kneipen und Geschäften für

ungeimpfte Personen und diejenigen, die aufgrund einer Behinderung keine Maske tragen konnten. Die Maßnahmen führten zu Protest und Diskussionen in allen Bezirken und trugen dazu bei, dass Menschen, die eine Impfung für sich ausschlossen, stärker als andere eingeschränkt waren. Die Neigung, auf Verschwörungserzählungen zu vertrauen, förderte das Gefühl, in die Enge getrieben und im Widerstand gegen eine vermeintliche Diktatur zu sein. Desinformationskampagnen bezüglich der Impfung, des Krankheitsverlaufs oder bezüglich der Todeszahlen, verstärkten diesen Glauben. Der Anstieg antisemitischer Vorfälle in nahezu allen Bezirken ist auffällig und zeigt, auf welch fruchtbaren Boden antisemitische Ressentiments im Zuge der Pandemie gefallen sind. Für einige Protestierende waren die Demonstrationen, Spaziergänge und Autokorsos ein Anlass, um mit anderen Menschen in Kontakt zu kommen. Angestachelt durch Propaganda in sozialen Netzwerken und in Telegram-Kanälen ereignete sich eine Vielzahl von Vorfällen, die antisemitisch und/oder NS-verharmlosend war oder die der Selbstdarstellung extrem rechter Organisationen diente. Nicht alle Proteste gegen die Corona-Maßnahmen werden von den Registerstellen erfasst. Sie werden nur dann als Vorfälle aufgenommen, wenn im Titel, in der Mobilisierung und während der Veranstaltung Inhalte geäußert werden, die den Kategorien der Registerstellen entsprechen (z.B. Antisemitismus/ NS-Verharmlosung).

2021 war für Berlin ein Wahljahr mit Bundestags-, Abgeordnetenhauswahl und den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen. Wahlkampf sorgt für zusätzliche Vorfälle, weil Wahlplakate mit NS-Symbolik bemalt, Parteibüros attackiert und Aufkleber und Plakate extrem rechter Parteien angebracht werden und, weil es Infotische und Wurfsendungen extrem rechter Parteien gibt. Der Anstieg von Vorfällen gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten, ist dem Wahlkampf geschuldet, ebenso ein Teil der Propaganda, der Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien und der Veranstaltungen.

Der Anstieg antisemitischer Vorfälle auf 1043 Vorfälle ist nicht allein auf Holocaust- und NS-verharmlosende Äußerungen im Zusammenhang mit der Pandemie zurückzuführen. So dokumentierte die Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus Berlin vor dem Hintergrund der militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und der islamistischen Hamas allein zwischen dem 9. Mai und 8. Juni 226 antisemitische Vorfälle. Mehr als die Hälfte dieser Fälle ereignete sich Online (123): per E-Mail oder in den sozialen Netzwerken wurden insgesamt 53 jüdische / israelischen Personen und in 104 Fällen jüdische / israelische Organisationen gezielt angefeindet. In dem Zeitraum wurden jedoch auch sechs antisemitische Angriffe bekannt. Zudem wurden auf 18 Demonstrationen antisemitische Parolen gerufen. Als im Oktober der jüdische Sänger Gil Ofarim Antisemitismus in einem Leipziger Hotel beklagte, erhielten jüdische Organisationen und Einzelpersonen massenhaft

antisemitische Zuschriften. Dass sich Gewalt gegen die Sichtbarkeit jüdischen Lebens in Berlin auch losgelöst von politischen Entwicklungen im Nahen Osten oder der Corona-Pandemie ereignen, belegen vier zerstörte Chanukka-Leuchter im Dezember in den Bezirken Lichtenberg, Mitte, Treptow-Köpenick und Tempelhof-Schöneberg. Der Anstieg ist nicht nur besorgniserregend, sondern er zeigt die Notwendigkeit, aktiv gegen Antisemitismus vorgehen zu müssen.

Rassismus bleibt mit 1428 Vorfällen weiterhin das Motiv mit den höchsten Fallzahlen. Es ist von einem großen Dunkelfeld auszugehen. Auch wenn für 2021 eine Untererfassung der Gewalttaten vorliegt, ist Rassismus dort der Hauptgrund dafür, dass Menschen attackiert werden. Unter den Beleidigungen und Bedrohungen machen die rassistischen Vorfälle den größten Anteil aus. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr hat seine Ursache in strukturellen Benachteiligungen. Menschen werden in der Schule, auf dem Wohnungsmarkt, am Arbeitsplatz, im Gesundheitssystem und von Ämtern und Behörden rassistisch diskriminiert. Einige Beratungsstellen aus Berlin, die Betroffenen in Diskriminierungsfällen zur Seite stehen, übermitteln ihr Vorfallsdaten anonymisiert an die Registerstellen. Je mehr Beratungsstellen sich beteiligen, desto höher wird die Zahl in diesem Themenfeld werden. Die hohe Zahl ist hier positiv zu bewerten, denn sie zeigt, dass Menschen die Beratungsangebote annehmen und dass sie mit dem Unrecht, das ihnen widerfährt, nicht allein sind.

Was die sozialen Netzwerke betrifft, wurden 2020 über verschiedene Hashtags Erfahrungen von Betroffenen veröffentlicht, die Rassismus im Alltag erleben. Die Terroranschläge in Halle und Hanau und der Tod des US-Amerikaners George Floyd hatten dazu geführt, dass Rassismus in der Öffentlichkeit, vor allem online, thematisiert wurde. Die sozialen Netzwerke haben rassistische Erfahrungen sichtbar gemacht, die sonst geleugnet werden. Diese Entwicklung war positiv. Im Jahr 2021 veränderte sich, dass Menschen, wenn sie Rassismus oder Antisemitismus thematisierten, von Einschüchterungen betroffen waren. Junge Frauen, die sich für Antirassismus und Klimaschutz engagieren, werden mit Hass überzogen, sodass sie sich im schlimmsten Fall aus der Öffentlichkeit zurückzogen. Die Shitstorms und Bedrohungen gehen von Akteur*innen der extremen Rechten aus, deren Strategie es ist, marginalisierte Stimmen aus der Öffentlichkeit zu drängen.

Schon jetzt ist klar, dass im neuen Jahr andere Themen in den Vordergrund drängen. Der Krieg in der Ukraine verursacht bereits Meldungen. Ukrainer*innen und Russ*innen melden Sachbeschädigungen und Beleidigungen. Hitler- und Holocaustvergleiche werden als Bilder genutzt. Desinformation und Hate-Speech wurde der Kampf angesagt. Ob dies die

gewünschten Effekte haben wird, wird sich zeigen. Was es darüber hinaus braucht, ist eine starke, vernetzte Zivilgesellschaft, die sich gemeinsam gegen Ausgrenzung und Diskriminierung stellt. Das Netzwerk der Registerstellen versteht sich als Teil davon.

Berlin, den 29.3.2022